

02 2014

GRÜNtext



SOZIALES EUROPA

VISION ODER ABSTELLGLEIS?

**Die Grünen Hietzing laden ein zum Gespräch
mit Monika Vana,
Gemeinderätin und Kandidatin zur Europawahl 2014**

**Dienstag, 13. Mai 2014, 19:30 Uhr
Don Bosco Haus,
St. Veit Gasse 25, 1130 Wien**



Begrüßung: Johannes Stöckler,
Klubobmann der Grünen Hietzing

Europa bietet Chancen und Perspektiven
- trotz Wirtschaftskrise, steigender
Arbeitslosigkeit, Banken-Rettungen,
wachsender rechtsextremer Parteien,
drohender Aufweichung von Umwelt-
und Sozialstandards als Folge von
Deregulierung im Zuge internationaler
Freihandelsabkommen (TTIP), ...

**Warum ist es wichtig, die Dimension der
sozialen Gerechtigkeit nicht aus dem
Auge zu verlieren?
Was kann die EU tun und was die
BürgerInnen und die Zivilgesellschaft?**

HIETZING.GRUENE.AT

IMPRESSUM: MedieninhaberIn zu 100%: Die Grünen - Grüne Alternative Wien (GRÜNE), Lindengasse 40, 1070 Wien. DVR-Nr. 1021184. **Redaktion:** Lore Brandl-Berger, Andrea Diawara, Thomas Mördinger, Ingrid Risha, Johannes Stöckler. **Fotos:** Die Grünen Hietzing, Die Grünen Österreich. Die Grünen Wien, Gerhard Jordan. **Bankverbindung:** Grüne Alternative Hietzing, Die Erste (BLZ 20111), Kto.-Nr. 03846172. **Layout:** Souterrain Group, sg@tscheg.priv.at. **Druck:** Donau Forum Druck. Gedruckt auf Umweltschutzpapier.

EIN EUROPA DER FRAUEN!

Bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 werden wieder mehr Frauen als Männer wahlberechtigt sein. Die Grünen sind die einzige Partei mit einer verbindlichen Mindest-Frauen-Quote von 50%.

Warum ist die Teilnahme an der Europawahl gerade aus feministischer Sicht wichtig?

Die Grünen kämpfen seit Jahren engagiert für eine höhere Repräsentanz von Frauen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen: Wir sind die einzige Europäische Fraktion mit einer verbindlichen Frauenquote (in der Europäischen Grünen Partei wurde diese erst unlängst auf ein Minimum von 50% Frauen in allen Gremien und Funktionen verbessert) und einem geschlechterparitätischen Spitzenteam für die Europawahl (Ska Keller und José Bove: siehe www.europeangees.eu). Mit Ulrike Lunacek haben wir eine profilierte Kandidatin an der Spitze des Österreichischen Grünen für die Europawahl.

Wie wichtig das sein wird, zeigen die enormen Herausforderungen, vor denen wir die kommenden fünf Jahre stehen: die EU ist mit ihrer brutalen Sparpolitik und ihren gescheiterten Ideen vom entfesselten Markt von einem politischen Kurswechsel zur Bekämpfung der größten Finanz- und Verteilungskrise seit dem 2. Weltkrieg weit entfernt. Wer die europäische Idee retten will, muss aber die EU verändern - und zwar solidarisch, ökologisch und im Hinblick auf Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit!

Die dramatischen Folgen der Maßnahmen der EU-Troika in Griechenland, Spanien, Portugal (Jugendarbeitslosigkeit in man-

chen Regionen 60%, immer mehr Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen und ohne eigenständige Kranken- und Pensionsvorsorge) und die europaweiten Proteste gegen diese Form brutaler Autoritätspolitik offenbaren die Kluft zwischen EU und BürgerInnen und machen die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der EU-Politik deutlich:

- Stärkung direkt-demokratischer Institutionen
- Erhöhung des Frauenanteils für eine geschlechtergerechte Vertretung
- Kampf gegen steigende Arbeitslosigkeit und Armut
- Investitionen in soziale Sicherheit und Zukunfts-Jobs im Umwelt- und Pflegebereich
- Um einer Vertrauenskrise in die Lösungskompetenz der EU entgegenzuwirken, braucht es dringend mehr Mitsprache von Europas BürgerInnen bei der Entstehung von EU-Gesetzesvorlagen: die Europäische BürgerInneninitiative ist beispielsweise ein erster positiver Schritt in diese Richtung.

Die Grünen haben gemeinsam mit KollegInnen aus der Sozialdemokratie und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Plattform "Europa geht anders" gegründet, die auf breiter Basis für ein soziales und geschlechtergerechtes Europa kämpft und aktuell den EU-Wettbewerbspakt verhindern will, der weiteres Lohndumping, Pensionskürzungen und Druck in Richtung Privatisierungen ohne Einbindung der Parlamente zur Folge hätte. Ein ungeheurerlicher Plan, den es insbesondere aus feministischer Sicht zu verhindern gilt!

Wie wichtig europaweite Widerstands-Aktionen sind, zeigt ihr Erfolg: die Abstimmung über den Wettbewerbspakt wurde als Folge der Proteste auf Herbst verschoben. Auch gegen das umstrittene Freihandelsabkom-

men mit den USA (TTIP) – das durchwegs die Handschriften der (US-amerikanischen) Konzerne statt der KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen trägt und europäische Umwelt- und Sozialstandards gefährdet (von der Lebensmittelsicherheit über den Datenschutz bis zu Gewerkschaftsrechten) – hat sich bereits breiter Widerstand gebildet.

Die Europawahl wird also auch eine Abstimmung über die Forderung nach einer Abkehr der EU von der Dominanz des Neoliberalismus hin zu – auch global zu verteidigenden – sozialen und ökologischen Standards. Die Grünen vertreten auch ein starkes für Frauen wichtiges Programm:

- verpflichtende Quoten,
- europaweiten Mindestlohn und europäische Arbeitslosenversicherung,
- Wohnen und Bildung für alle,
- kompromisslos gegen Gewalt,
- legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbruch
- und Bekämpfung des Frauenhandels.

Dr.in Monika Vana

Monika Vana ist stv. Klubobfrau der Wiener Grünen und Kandidatin der österreichischen Grünen zur Europawahl (Listenplatz 3).

Nach dem Abschluss des Studiums der Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik an der TU Wien arbeitete sie in den 1990er-Jahren als Europareferentin im Kabinett von Frauenministerin Johanna Dohnal und im Beratenden Ausschuss für Chancengleichheit bei der Europäischen Kommission. Seit 2001 ist sie Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete der Wiener Grünen, Europa- und Arbeitsmarktsprecherin. Mitbegründerin der europaweiten Vernetzung Grüner KommunalpolitikerInnen.

Derzeitige Funktionen u.a.: stv. Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Europäische und Internationale Angelegenheiten, stv. Vorsitzende des Wiener Gemeinderates, Vorstandsmitglied im Städtebund, im Österreichischen Frauenring, im Verband öffentlicher Wirtschaft und im WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds), Mitglied der Generalversammlung der "Green European Foundation", Delegierte der österreichischen Grünen zum Rat der EGP (European Green Party).

„BEI MEINEN WÜNSCHEN FÜR EIN GRÜNES EUROPA BIN ICH NICHT BESCHEIDEN!“

Interview mit Ulrike Lunacek, unserer Spitzenkandidatin bei den Europawahlen 2014

Warum braucht es deiner Meinung nach mehr Europa und nicht weniger?

Ulrike: Weil es für die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise usw., ein gemeinsames Handeln braucht. Diese können nicht von einzelnen Staaten, sondern nur im Verbund angegangen und wirksam bekämpft werden. Denken wir an die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer: Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind damit allein überfordert. Hier, wie in vielen anderen Bereichen, braucht es europäische Solidarität, mehr gemeinsames Europa. Bei den Sozialstandards, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder im Kampf gegen Steueroasen, bei der Lebensmittelkontrolle, bei der besseren Koordinierung von grenzüberschreitendem Verkehr, bei der Energiewende, beim Naturschutz ... für das alles braucht es mehr gemeinsames Vorgehen, mehr Koordination, mehr EU. Gleichzeitig muss sich die Union nicht um alles kümmern. Da gilt es die richtige Balance zu finden, und wir Grüne haben dafür ein gutes Gespür.

Du bist eine große EU-Befürworterin, aber was stört dich an der gegenwärtigen EU-Politik und wohin sollte sich die Union deiner Meinung nach bewegen?

Ulrike: Die EU ist bei weitem nicht perfekt, das machen gerade wir Grüne mit unseren Forderungen für ein sozialeres, demokratischeres, ökologischeres Europa deutlich. Die Europäische Union muss wieder für ihre Bürgerinnen und Bürger geschaffen sein und nicht für die Gewinnmaximierung von Finanzmärkten und Groß-

konzernen. Die jungen Leute von heute, sind die erste Generation, die nicht mehr die Hoffnung auf eine bessere Welt und auf soziale Sicherheit für sich und die Ihren vor Augen haben. Das wollen wir ändern! Das europäische Wohlfahrtssystem gehört wieder an die erste Stelle gerückt. Soziales soll in allen europapolitischen Bereichen einen zentralen Stellenwert erhalten. Und Europa braucht neben ambitionierten Klimazielen auch einen Grünen Investitionspakt für nachhaltige Entwicklung. Den Schwerpunkt eines solchen Paktes wollen wir auf der Energiewende, auf Ressourceneffizienz und auf einer grünen Wirtschaft legen. Dieser Pakt ist die größte beschäftigungspolitische Chance, die Europa hat.

Die letzten Jahre waren vor allem von der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt – was ist dein und der Plan der Grünen für einen Ausweg aus diesem Krisen-Modus?

Ulrike: Unsere Antwort ist so einfach wie eindeutig: Schluss mit dem Kaputtsparen und her mit einem grünen Investitionspakt und einer Sozialunion. Die verheerenden Folgen der EU-Sparpolitik à la Merkel & Co. sieht man vor allem in Griechenland: Obdachlosigkeit, Prostitution, Drogen in einem Ausmaß wie nie zuvor und ein rasanter Anstieg der Kindersterblichkeits- und HIV-Rate. Auch die Jugendarbeitslosigkeit übersteigt in Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern traurige Rekordmarken und ist in ganz Europa deutlich gewachsen.

Und nicht zu vergessen, diese Krise hat auch die politischen Defizite der Union schonungs-



los offen gelegt: Die nationalen Regierungen sind als Entscheidungsträger für das gemeinsame Europa ungeeignet: Sie sind zu langsam, immer zu spät, zu zögerlich und zu sehr auf den eigenen, kleinen, nationalen Schrebergarten fixiert. Es braucht neue europäische Akteure. Es braucht eine neue Bündelung der Kräfte. Deswegen verlangen wir einen Europäischen Konvent: Nur damit gelingt uns die Einführung einer handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Steuerung Europas.

Und wie ein solcher Konvent aufgestellt sein soll, und wer da in einem offenen und transparenten Verfahren mitzureden haben soll, ist auch klar: Die europäischen Bürgerinnen und Bürger, die europäische Zivilgesellschaft gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den nationalen Regierungen und Parlamenten.

An den Außengrenzen der EU spielt nach wie vor eine große Rolle, woher jemand kommt und ob er als Flüchtling kommt – wie soll die EU mit Flüchtlingen und AsylwerberInnen umgehen?

Ulrike: Der Tod von Hunderten Menschen vor Lampedusa hat vor Augen geführt, wie unmenschlich die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ist. Die Abschottungspolitik der EU zwingt Menschen, die auf der Flucht oder auf der Suche nach einem würdigen Leben sind, sich in Lebensgefahr zu begeben. Eines muss uns aber klar sein: Mit den Flüchtlingen im Meer sterben die europäischen Werte. Die Mitgliedsstaaten und Frontex müssen die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen endlich zu einer Kernaufgabe des europäischen Grenzschutzes machen. Das Europaparlament fordert außerdem, dass Fischer und Kapitäne, die Flüchtlinge retten, dafür nicht mehr bestraft werden, wie es derzeit noch aufgrund der Gesetzeslage in Italien passiert.

Die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot muss endlich zur Selbstverständlichkeit werden. Die Standards für Asylverfahren müssen in allen EU-Staaten umgesetzt werden und wir brauchen

ein europäisches Gesetz zur legalen Einwanderung. Außerdem muss die EU endlich konkrete Schritte unternehmen, um die Lebensbedingungen der Menschen in den afrikanischen Ländern zu verbessern und den Menschen dort Perspektiven zu geben. Außerdem beweisen die Flüchtlingskatastrophen erneut die Unzulänglichkeit des Dublin II-Systems, gemäß dem Flüchtlinge nur in dem Land, in dem sie zuerst EU-Territorium betreten, um Asyl ansuchen können.

Wie soll die EU in zehn Jahren ausschauen? Was soll und muss sich ändern und was können die Grünen dazu beitragen?

Ulrike: Grüner, sozialer, demokratischer, solidarischer! Meine Vision von der EU in zehn Jahren ist: Die EU ist von einem Konvent mit Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft demokratisch neu geformt worden. Die verschlossenen Türen, hinter denen

Verhandlungen stattfinden, sind aus den Angeln gehoben. Der EU ist es gelungen, das Friedensprojekt Europa auf dem ganzen Kontinent umzusetzen – und als politisches Erfolgsmodell in die Welt zu exportieren. Die EU setzt weltweite Standards bei Bildung, Solidarität, humanitärer Hilfe und Menschenrechten. Die EU ist eine Sozialunion, die allen die gleichen Chancen bietet und niemanden auf der Strecke lässt. Die EU ist Vorreiterin bei Klimaschutz und erneuerbaren Energien – Atomkraft ist als Relikt einer überkommenen Zeit endgelagert. Und die EU ist zur Heimat für Europäerinnen und Europäer geworden, die die falsche Sehnsucht nach „guten alten“ Nationalstaatszeiten obsolet macht. Diese Vision trägt eine klare Grüne Handschrift, damit sie umgesetzt wird, braucht es eine starke Grüne Fraktion im Europaparlament!

Ulrike Lunacek ist Vizepräsidentin und außenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Europaparlament.

SO AKTIV SIND DIE GRÜNEN IN BRÜSSEL!

“Wir Grüne werden nicht zulassen, dass das Chlorhuhn auf den österreichischen Tellern landet, zerstörerisches Fracking durch die Hintertür schleicht, Mindestlöhne ausgehöhlt werden oder ACTA, das gescheiterte Anti-Piraterie-Abkommen, doch noch kommt.” (Werner Kogler)

Es geht hier um TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), ein Freihandelsabkommen, das die Zölle zwischen EU und USA abschaffen, den Datenfluss und Fracking (Schiefergasgewinnung) erlauben, österreichische Bauern durch Konkurrenz in Schwierigkeiten bringen und Investoren das Recht auf Schadenersatz (Deutschland wurde vom schwedischen Konzern Vattenfall wegen des Atomausstiegs auf 3,7 Milliarden Euro Schadenersatz geklagt) verstärkt einräumen

würde. Die Lebensbedingungen von Hühnern in den USA sind so schlecht, dass diese erst durch ein Chlorbad genießbar werden. Stuart Eizenstat, ehemaliger US-Botschafter bei der EU, stört das nicht. Er meint: “Die europäischen Standards sind unbegründet hoch!” Mit dem Feinkostladen Österreich wäre es mit TTIP wohl vorbei. Den Grünen ist es gelungen, Informationen über die geheim geführten Verhandlungen zwischen EU und USA zu bekommen und zu veröffentlichen.

2014 wurde vom Europäischen Parlament zum “Jahr

gegen die Lebensmittelverschwendung” erklärt. In der westlichen Welt werden 100 kg Essbares pro Kopf und Jahr weggeworfen. Bis 2029 soll es nur mehr die Hälfte sein. Sollte TTIP kommen, würde sich die Menge eher verdoppeln. Weggeworfen wird auch Plastik, 10 Mio Tonnen davon landen jährlich im Meer. Unter dem Titel “Schluss mit dem Plastik” haben die Grünen am 19.2.2014 eine Konferenz im Europäischen Parlament abgehalten. Sie fordern eine Reduktion der Plastiksackerln um 80%, sie sollen auch etwas kosten.

Bei der Vergabe- und Konzessionsrichtlinie, in erster Version ein Liberalisierungsvorschlag, haben die Grünen am 15.1.2014 zusammen mit anderen Fraktionen erreicht, dass es genügend Stimmen für die Entlastung der Gemeinden und Kleinunternehmen gab und dass die Wasserversorgung aus dieser Richtlinie herausgenommen wurde. Die erste EUweite BürgerInneninitiative “right2water” haben 1,8 Mio Menschen unterschrieben, das wirkte. Das Recht auf Wasser soll nach Ansicht der Grünen ein Menschenrecht werden.

Zur Klima- und Energiepolitik liegen in Brüssel Vorschläge auf dem Tisch, die die erneuerbare Energie zurückdrängen statt sie zu fördern. Auch müssen – so die Grünen – die Klimaziele (Verminderung des CO₂-Ausstoßes ohne Handel mit Zertifikaten) und die Energieeffizienz ernsthaft angestrebt werden. Anlässlich des 3. Jahrestages gedachten die Grünen des Europaparlaments der Katastrophe von Fukushima und forderten eine task force für Japan. Die Entscheidung über die Riesenlaster, die Gigaliner (25 m lang, bis zu 60 t schwer), ist noch nicht gefallen, aber alle Fraktionen stimmten

EU-Kommission ein Skandal, hat doch das Europäische Parlament am 16. Jänner 2014 die von der Fraktion der Grünen initiierte Resolution gegen Genmais 1507 angenommen. Gentechnisch veränderter Mais schadet Schmetterlingen und Bienen, deren Vorhandensein ein Hinweis auf die Gesundheit landwirtschaftlicher Ökosysteme ist. Die Bienen sind in den letzten 10 Jahren immer weniger geworden, pro Jahr um 30%.

Der Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen, erarbeitet von den Sozialdemokraten (Edita

in Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen investiert. Die Grünen haben sich sehr dafür eingesetzt, dass das Europäische Parlament am 13. März 2014 eine Resolution verabschiedet hat, die gesetzliches Vorgehen gegen Homosexuelle, Lesben, Bisexuelle und Transsexuelle verurteilt. Darüber wurde z.B. im Rahmen des Cotonou-Abkommens (regelt die Beziehungen zwischen der EU und 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern) mit Nigeria und Uganda verhandelt, jedoch vorerst ohne Erfolg. Ulrike Lunacek erhielt am 18.3.2014 für ihr Engagement gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern den “MEP Award” von der Politikzeitschrift “The Parliament Magazine”. Das ganze EU-Parlament hat dieser Preisverleihung zugestimmt.

gendarbeitslosigkeit investieren,

- den Kosovo unterstützen, den 5 EU-Staaten noch immer nicht anerkennen (Ulrike Lunacek ist Kosovo-Berichterstatteerin der EU).

Im Rahmen des Green New Deal gibt es gute Praxisbeispiele wie Energiespargemeinden in Oberösterreich und alternative Energie in Wien. Green Step unterstützt Entwicklungsländer bei der Erzeugung umweltfreundlicher Energie.

Wir Grüne bedauern, dass Initiativen wie die EU-Arbeitslosenversicherung, die Finanztransaktionssteuer, das Trennbankensystem (Trennung von Kredit- und Wertpapiergeschäft), die solidarische Aufteilung von AsylwerberInnen unter den Staaten der EU, die schnelle Einführung und Umsetzung einer EU-Datenschutzrichtlinie und die Garantie unseres Rechts auf Privatheit sowie die EU-weite Einführung von zwei Wochen Vaterschafts-Urlaub gleich nach der Geburt eines Kindes bisher aufgrund von nationalstaatlichen und Lobby-Interessen nicht verwirklicht wurden (vgl. Falter 16/2014). Weil wir ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell fordern, das den Menschen dient und auf eine stärkere Kontrolle der Finanzindustrie setzt, halten wir Grüne daran fest, dass es wichtiger ist, Menschen zu retten als Banken.

Die Europäische Union ist ein großes Friedens- und Gemeinschaftsprojekt, das unser Engagement verdient. Deswegen werden wir Grüne den Kampf gegen die Vereinnahmung durch die Finanzwirtschaft, Lobbys und Konzerne fortsetzen und mit großem Einsatz weiterführen.

lore.brandl-berger@gruene.at

www.gruene.at www.greens2014.eu/de
www.ulrikelunacek.at
www.eva-lichtenberger.eu
www.eurogreens.de www.greens-efa.eu

für eine Untersuchung der Wirkung solcher Fahrzeuge auf Straßen, Umwelt und Verkehr. Vergeblich wartet man bisher auf eine arbeitsrechtliche Regelung der Arbeitsbedingungen für Chauffeure, die schlecht bezahlt werden, unter Zeitdruck stehen und viel Konkurrenz haben.

Eine von den Grünen unterstützte Unterschriftenaktion hat dazu beigetragen, dass das Europäische Parlament der EU-Saatgutverordnung am 11. März 2014 nicht zugestimmt hat. Dadurch bleibt die biologische Vielfalt vorerst gewahrt und die Bauern sind bezüglich des Saatgutes nicht so eng an Konzerninteressen gebunden. Der Zulassung von Genmais 1507 durch die EU-Kommission (11.2.2014) steht die Mehrheit der EU-Bürger_innen ablehnend gegenüber. Für die Grünen ist die Entscheidung der

Estrela) und Grünen (Ulrike Lunacek), wird im Europäischen Parlament am 10.12.2013, dem Tag der Menschenrechte, knapp nicht zur Abstimmung zugelassen. Der Bericht fordert das Recht auf Abtreibung für Notfälle und angemessenen Sexualkundeunterricht in Schulen, um die in Europa ansteigenden Teenager-Schwangerschaften zurückzufahren. Der Bericht der anderen Fraktionen sieht diesen Bereich nicht in der Zuständigkeit der EU und wird mit knapper Mehrheit angenommen. Anlässlich des Frauentags am 8.3.2014 erinnert Ulrike Lunacek im Europäischen Parlament daran, dass in Europa jede 3. Frau Gewalt erfährt. Sie verlangt von der EU die Ausarbeitung einer Strategie dagegen und von Österreich, dass es mehr finanzielle Mittel (2010: € 150.000, 2012: € 20.000)

Die Grünen EU-Parlamentarier_innen setzen sich noch für folgende Bereiche besonders ein:

- mehr Kontrolle bezüglich der Umsetzung des EU-Rechts und der Einhaltung der Menschenrechte in den EU-Mitgliedsstaaten,
- gleiche Rechte für Saisonarbeiter aus Nicht-EU-Staaten,
- Verbesserung der EU-Tabakrichtlinien,
- mehr Rechtssicherheit für Reisende,
- Transparenz bei EU-Verhandlungen (Lobbyisten sollen nicht besser informiert sein als die Parlamentarier),
- kein Verkauf von Staatsbürgerschaften (mit großer Mehrheit vom Europäischen Parlament angenommen),
- 10% der EU-Verteidigungsausgaben gegen Ju-

JA

ZUM FRIEDENSPROJEKT EUROPA!

Gerhard Jordan, ehemaliger Klubvorsitzender der Grünen Hietzing von 2001 bis 2010, kandidiert auf der Solidaritäts-Liste der Grünen für die kommende Europawahl. Zur Zeit der Wende in Osteuropa (1989-91) war er Vorstandsmitglied der damaligen Europäischen Grünen. GRÜNTEXT HIETZING führte mit ihm das folgende Gespräch.

Was hat dich zu deiner Solidaritätskandidatur bei der Europaparlamentswahl bewogen und welcher Aspekt der Europapolitik ist dir besonders wichtig?

Als Europa-Referent im Grünen Rathausklub ist mir das Thema nicht nur beruflich ein Anliegen, sondern

seit vielen Jahren auch ein persönliches. Besonders ist mir dabei die Rolle der Europäischen Union als Friedensprojekt. Gerade beim Gedenken an das Jahr 1914 sollten wir uns das vor Augen halten. Der Balkan war damals ein Pulverfass. Heute ist es die Europäische Perspektive, die ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.



Aber es gibt wieder Krieg, zumindest einen „kalten“, siehe Ukraine.

An diesem Beispiel zeigt sich auch, wie wichtig ein gemeinsames Auftreten Europas ist. Eine Rückkehr zur „Politik des Faustrechts“ darf nicht schweigend hingenommen werden. Die Grünen stehen europaweit für eine Politik, die Menschenrechtsver-

letzungen kritisieren, egal wo sie passieren. Und es zeigt sich auch, wie wichtig der Ausstieg aus Öl und Gas und der Umstieg auf erneuerbare Energien ist - neben dem Klimaschutz vor allem auch, um nicht politisch erpressbar zu sein. Handlungsbedarf für die EU sehe ich übrigens auch bei Ungarn, wo demokratische Rechte zunehmend abgebaut werden. Für Vollmitglieder der Union müssen die gleichen Standards gelten wie für Beitrittswerber.

Worin siehst du die Stärken der Europäischen Grünen?

Die Grünen treten gemeinsam auf: sie haben in keinem EU-Land Atom-, Gen- oder Neoliberalismus-Fans, und sie sind ein Gegengewicht zur extremen Rechten, die auf Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung setzt.



ENDE DER VORRATSDATENSPEICHERUNG!

Albert Steinhauser, Ulrike Lunacek: “Wir haben gemeinsam mit der AK Vorrat lange gegen sie gekämpft – und gewonnen: Jetzt wurde die umstrittene Vorratsdatenspeicherung vom Europäischen Gerichtshof gekippt!”

Jahrelang haben wir gegen die umstrittene Vorratsdatenspeicherung gekämpft, 2012 eine Verfassungsklage am Österreichischen Verfassungsgerichtshof eingebracht. Heute haben wir Grund zum Jubeln – der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die umstrittene Vorratsdatenspeicherung endgültig gekippt!

Widerspruch zu EU-Recht

Die Vorratsdatenspeicherung beinhaltet einen Eingriff von großem Ausmaß und besonderer Schwere in die Grundrechte des Privatlebens und auf den Schutz personenbezogener Daten, der sich nicht auf das absolut Notwendige beschränke – so die Begründung des Urteils. Das

Urteil folgte der Argumentation des Generalanwalts, der die Möglichkeit einer Speicherung von Telefondaten bis zu zwei Jahren als zu großzügig kritisiert hatte. Dies steht im Widerspruch zu EU-Recht. Die Klagen waren in Irland und Österreich eingebracht worden. **Mit dem Urteil erklärte der Gerichtshof die Richtlinie für ungültig.**

Auch ein Grüner ERFOLG!

Für uns Grüne ist das deshalb ein besonderer Erfolg, weil das Verfahren gegen die Vorratsdatenspeicherung auf eine Initiative zurückzuführen ist, die wir gemeinsam mit der **Bürgerinitiative AK Vorrat** eingebracht haben.

Klagen in Österreich und Irland

In Österreich hatten 11.139 Privatpersonen (Grüne Initiative gemeinsam mit AK Vorrat), die Kärntner Landesregierung sowie ein Angestellter eines Telekommunikationsunternehmens vor dem Verfassungsgerichtshof die österreichische Regelung beanstandet. Der Verfassungsgerichtshof bezweifelte schon damals, dass die EU-Richtlinie mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union und dem Recht auf Schutz personenbezogener Daten vereinbar ist. “Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs ist ein Befreiungsschlag für die BürgerInnenrechte! Damit ist jetzt möglich, was wir Grüne und viele BürgerrechtlerInnen seit Jahren einfordern.”, hält Ulrike Lunacek, Grüne Spitzenkandidatin für die EU-Wahl, fest.



“Das ist ein sensationeller Sieg für 11.139 BürgerInnen!” – Albert Steinhauser, Justiz- und Datenschutzsprecher

KLIMT-VILLA

GEZERRE UM

FLÄCHENWIDMUNG

Bei der letzten Überarbeitung der Flächenwidmungen rund um die Klimt-Villa konnten sich die Grünen gegenüber den Wünschen der ÖVP durchsetzen.

„Bis heute begleiten Ungereimtheiten die Standpunkte der ÖVP zur Flächenwidmung Klimt-Villa“, kommentierte Johannes Stöckler, Klubvorsitzender der Grünen Hietzing, den Schwenk der ÖVP vor der letzten Bezirksvertretungssitzung.

Der Bauausschuss-Vorsitzende der ÖVP hatte bei der Bezirksvertretungssitzung im Dezember noch eine Stellungnahme vorgelegt, die eine größere Verbauung rund um die Klimt-Villa vorgeschlagen hatte als vorgesehen. Kurz vor dem Planungsausschuss im Gemeinderat hatte sich der ÖVP-Bezirksparteiobmann noch dafür ausgesprochen, dass Nebengebäude, die derzeit trotz Gartenwidmung bestehen, als Bauland ausgewiesen werden.

Nach dem Planungsausschuss im Wiener Gemeinderat war klar, dass die rot-grüne Stadtregierung diesem ÖVP-Vorschlag nicht folgen wird. Plötzlich war die ÖVP auch unserer Meinung, denn die Forderung nach Aufnahme der bisher ungewidmeten Gebäude verschwand aus der neuerlichen Stellungnahme des

Bauausschusses. Zu sehr hätte sich die ÖVP mit dem Beharren auf mehr bebaubare Fläche bei der Bevölkerung in die Nesseln gesetzt.

Zweckwidmung für soziokulturelle Zwecke

Über die Zweckwidmung für „soziokulturelle Zwecke“ freut sich Johannes Stöckler: „Fachlich ist das sicher die richtige Entscheidung, wie mit diesem kulturhistorischem Bau umgegangen werden soll.“ Mit dem Beschluss des Gemeinderats wurden auch sämtliche Forderungen einer Petition des Vereins „Gedenkstätte Gustav Klimt“ umgesetzt. Dennoch ist die Zukunft des letzten Ateliers von Gustav Klimt noch immer unklar. Eine parlamentarische Anfrage an den zuständigen Minister Mitterlehner soll Klarheit schaffen.



Klubobmann Johannes Stöckler setzte sich für die Klimt-Villa ein



Strittiger Verkauf

Die ehemalige Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege in der Jagdschlossgasse 25 wurde verkauft.

Die Grünen Hietzing sprachen sich in der vergangenen Bezirksvertretungssitzung gegen den Verkauf aus, weil wir Grüne bereits 2012 eine soziale oder kulturelle Nach-

nutzung für dieses Areal, als auch den Verbleib der Liegenschaft im Besitz der Stadt Wien beantragt haben. Unser Resolutionsantrag wurde mehrheitlich angenommen – leider konnte dieser nichts mehr bewirken.

Andrea Diawara



Benennungen in Hietzing

DREI ZUSATZTAFELN KOMMEN

Auf Initiative der Grünen hat eine HistorikerInnenkommission die Benennungen von Verkehrsflächen nach historisch belasteten Personen in Wien untersucht. Unsere Anträge auf Zusatztafeln wurden in der Kulturkommission nun einstimmig angenommen.

Benennungen im öffentlichen Raum spiegeln den Wertekatalog einer Gesellschaft wieder. Ein schöner Erfolg war beispielsweise die Benennung eines Parks nach Anna Freud in Folge eines Antrags der Grünen Hietzing. In der Vergangenheit wurden aber leider auch Benennungen nach Personen durchgeführt, deren Bild heute strittig ist.

Sebastian Brunner

Als ihm der jüdische Herausgeber der „Ostdeutschen Post“, Ignaz Kuranda, den Vorwurf machte, er habe als Schriftsteller „die Judenhetze zu einem literarischen Industriezweig“ ausgebaut, klagt Brunner, doch blitzte dieser mit seiner Ehrenbeleidigungsklage ab.

Bereits seit Jahren kämpften wir für eine Zusatztafel, die auf den ideologischen Hintergrund von Brunner, Schlüsselfigur im katholischen Antisemitismus, aufmerksam macht: Dies scheiterte aber am Widerstand der ÖVP und FPÖ.

Josef Pommer

Pommer war Wiener Gemeinderat und Reichsratsabgeordneter der Deutschen Volkspartei und trat für die radikale Durchsetzung von antisemitischen Prinzipien ein. Im Gemeinderat unterstützte er Karl Lueger und engagierte sich „für das nationale Deutschthum, das praktische Christenthum und das Volkswohl“. Im Reichsrat polemisierte er immer wieder gegen

„Sozialdemokraten und Judenliberale“. So attackierte er beispielsweise einen Reichsratsabgeordneten als „frechen Juden“.

Diese vorurteilsbeladene Haltung zeigte sich auch in seiner Musikarbeit. So meinte er anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des „Deutschen Volksgesang-Vereines“, „nur Deutsche, Arier, nur Deutschbewusste können das deutsche Volkslied, sein grunddeutsches Wesen fassen und würdigen.“

Otto Weininger

Weininger wurde von der HistorikerInnenkommission nicht in deren Empfehlung erwähnt, was auf starke Kritik des Österreichischen Dokumentationsarchivs stieß. Weininger vertrat extrem antisemitische und frauenfeindliche Positionen.

Ein Team um den Historiker Univ. Prof. Oliver Rathkolb erstellt nun die Texte für die Zusatztafeln.

Johannes Stöckler

TERMINE

Frauenstammtische (women only)

Donnerstag, 5. Juni: **Thema Bildung und Nachmittagsbetreuung** mit Frauen – und Bildungssprecherin GRin Martina Wurzer, Monika Wildauer (Freizeitpädagogin) und NRin Sigrid Maurer (angefragt). Lokal der Grünen Meidling, Ehrenfelsgasse 2, 1120 Wien, 19 Uhr

Sonntag, 22. Juni: **Sommerlesung mit Hilla Faseluka**. Roter Berg/Nothartgasse, 15 Uhr
Kontakt: andrea.diawara@gruene.at

Die Grüne Radrettung

Kompetente Werkstätten aus der Wiener Fahrradszene überprüfen dein Fahrrad kostenlos und machen vor Ort ein Service und kleinere Reparaturen. Die Radrettung ist gratis. Einfach mit deinem Rad zu deinem Wunschtermin hinkommen, idealerweise gleich zu Beginn des Termins. Freitag, 16. Mai, Kennedybrücke (bei der Radgarage). 10 bis 13 Uhr

Nächste Sitzungen der **Hietzinger Bezirksvertretung**: Mittwoch, 21. Mai (16 Uhr, kleiner Festsaal) und 4. Juni 2014 (18 Uhr, großer Festsaal) im Amtshaus (Hietzinger Kai 1-3, 1130 Wien). ZuhörerInnen sind willkommen!

Treffen der Bezirksgruppe: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Restaurant "Yildiz Villa" (Auhofstraße 80). Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Sprechstunden der grünen BezirksrätInnen: nach Vereinbarung (werktags von 10 bis 12 Uhr unter der Telefonnummer 0660 / 4223602, Ramona Wendtner)



Grüntext Hietzing
Nr.1, Frühling 2014; bei
Unzustellbarkeit an:
Die Grünen Hietzing,
Postfach 59, 1131 Wien.
Zulassungsnummer:
GZ02Z031850M,
Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt:
1070 Wien, P.b.b.

Adresse aus der Wählerevidenz